



Detailansicht des Registereintrags

Robert Bosch GmbH

Stand vom 21.03.2025 10:09:13 bis 23.06.2025 16:30:41

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer: R000999

Ersteintrag: 23.02.2022

Letzte Änderung: 21.03.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 25.06.2024

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Robert Bosch GmbH
Robert-Bosch-Platz 1
70839 Gerlingen-Schillerhöhe
Deutschland

Telefonnummer: +4971140040990

E-Mail-Adressen:

kontakt@bosch.com

Webseiten:

www.bosch.de

www.bosch.com

Hauptstadtrepräsentanz: Bismarckstrasse 71
10627 Berlin

Telefonnummer: +493032788592

E-Mail-Adresse: abteilungsbriefkasten.ccga@de.
bosch.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

2.480.001 bis 2.490.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

9,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Stefan Hartung**

Funktion: Geschäftsführer

2. **Dr. Christian Fischer**

Funktion: Geschäftsführer

3. **Dr. Markus Heyn**

Funktion: Geschäftsführer

4. **Dr. Markus Forschner**

Funktion: Geschäftsführer

5. **Dr. Tanja Rückert**

Funktion: Geschäftsführerin

6. **Stefan Grosch**

Funktion: Geschäftsführer

7. **Dr. Frank Meyer**

Funktion: Geschäftsführer

8. **Katja von Raven**

Funktion: Geschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (31):

1. **Prof. Dr. Christof Ehrhart**

2. **Dr. Nathalie Martin Hübner**

3. **Dr. Martin Sauer**

4. **Nick Bercio**

5. **Jonas Vach**

6. **Friederike Pischnick**

7. **Gefion Hven**

8. **Dr. Andi Winterboer**

9. **Lisa Renner**

10. **Dr. Stefan Joeres**

11. Dr. David Schüller

12. Dr. Markus Ohnmacht

13. Björn Noack

14. Jörg Tegtmeier

15. Dr. Matthias Knirsch

16. Kathrin Watson

17. Matthias Ziebell

18. Dr. Antje Seitz

19. Dirk Jargstorff

20. Antje Fiehn

21. Julian Caligiuri

22. Sven Sautter

23. Gordon Teckentrup

24. Joyce Müller

25. Dr. Thomas Schulte

26. Daniel Geßner

27. Dr. Stefan Hartung

28. Dr. Christian Fischer

29. Dr. Markus Heyn

30. Dr. Tanja Rückert

31. Stefan Grosch

Mitgliedschaften (31):

1. Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft
2. Allianz der Chancen
3. American Chamber of Commerce in Germany, AmCham Germany
4. Atlantik-Brücke
5. Bitkom, Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien
6. Bundesverband Energiespeichersysteme, BVES
7. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)
8. econsense, Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
9. eFuel Alliance
10. Grüner Wirtschaftsdialog
11. IFG Industrie-Förderung

12. OAV - German Asia-Pacific Business Association (Ostasiatischer Verein)
13. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
14. Südwestmetall, Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg
15. Transparency International Deutschland
16. VDA Verband der Automobilindustrie
17. Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)
18. Wirtschaftsforum der SPD
19. Wirtschaftskoalition Daten & Digitales
20. Wirtschaftsrat der CDU
21. WirtschaftsVereinigung Metalle (WVMetalle)
22. Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK)
23. Zentralverband Elektrotechnik und Elektroindustrie (ZVEI)
24. DIN Deutsches Institut für Normung
25. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
26. UBW Unternehmer Baden Württemberg
27. Verein deutscher Ingenieure
28. Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik
29. QUTAC - Quantum Technology & Application Consortium
30. eNOVA Strategiekreis Automobile Zukunft
31. Deutsche Gesellschaft für Personalführung (DGFP)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (33):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Automobilwirtschaft; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zweck der Interessenvertretung beteiligt sich die Robert Bosch GmbH aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess, insbesondere in den Bereichen Technologie, Umwelt und Gesellschaft. Dabei führt Bosch Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene, um innovative technologische Perspektiven zu vermitteln und Lösungsansätze für gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und Mobilität zu diskutieren.

Bosch wird regelmäßig von Politik, Verwaltung sowie Industrie- und Arbeitgeberverbänden um seine fachliche Einschätzung gebeten. Mit Expertise in Schlüsseltechnologien wie Künstliche

Intelligenz, Wasserstoff und vernetztem, automatisierten Fahren bringt Bosch innovative Impulse in den politischen Entscheidungsprozess und setzt sich für die Entwicklung passender regulatorischer Rahmenbedingungen ein. Darüber hinaus werden regelmäßig Diskussionsveranstaltungen und Expertenrunden organisiert, bei denen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenkommen, um praxisnahe Lösungen zu erarbeiten und die Sicht der Industrie zu vermitteln.

Ziel dieser Tätigkeiten ist es, die Interessen von Bosch zu vertreten und gleichzeitig einen konstruktiven Dialog zu fördern, der die technologischen Möglichkeiten mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen in Einklang bringt. Bosch ist parteipolitisch neutral.

Konkrete Regelungsvorhaben (31)

1. Forderung zur Vereinfachung der Beschäftigtenförderung in der Beruflichen Bildung (Qualifizierungschancengesetz)

Beschreibung:

Die nach in Kraft getretenen Änderungen des Qualifizierungschancengesetzes zum 01.04.2024 fortbestehenden Fördervoraussetzungen zur AZAV-Zertifizierung und Mindestdauer von Maßnahmen sollen abgeschafft bzw. reduziert werden. Die Wartezeitenregelung soll weiterhin flexibilisiert und der Beantragungsprozess für die Förderung digitalisiert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

2. Fördervoraussetzungen für Inanspruchnahme des Qualifizierungsgeldes vereinfachen

Beschreibung:

Die Fördervoraussetzung einer abgeschlossenen Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag zur Inanspruchnahme des Qualifizierungsgeldes ist für eine erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels in der Automobil- und Zuliefererindustrie nicht zuträglich und sollte abgeschafft oder flexibilisiert werden.

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

3. Vereinfachte Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Beschreibung:

Es sollte eine vereinfachte Umsetzbarkeit von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in den Lieferketten von Unternehmen eingeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenpolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

4. Vereinfachte Umsetzung der EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive für Unternehmen**Beschreibung:**

Es sollte eine vereinfachte Umsetzbarkeit von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in den Wertschöpfungsketten von Unternehmen eingeführt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/1597 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 21. März bis 8. April 2022)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 137/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

5. Vereinfachte Umsetzung des EU Forced Labour Product Ban für Unternehmen**Beschreibung:**

Es wird eine vereinfachte Umsetzbarkeit der Regelungen des EU Forced Labour Product Ban gefordert.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/4002 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 12. bis 23. September 2022)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 487/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

6. Vereinfachte Umsetzung der EU Deforestation Regulation für Unternehmen**Beschreibung:**

Es wird eine vereinfachte Umsetzbarkeit der Regelungen der EU Deforestation Regulation für Unternehmen gefordert.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

7. Vereinfachte Umsetzung des Durchführungsgesetz zur EU Conflict Minerals Regulation für Unternehmen

Beschreibung:

Es wird eine vereinfachte Umsetzbarkeit der Regelungen für Unternehmen bezüglich der Sorgfaltspflichten in der Lieferketten von Unionseinführern bestimmter Rohstoffe aus Konflikt- und Hochrisikogebieten gefordert.

Betroffenes geltendes Recht:

MinRohSorgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

8. Verhältnismäßige und vereinfachte Regelungen zur EU Corporate Sustainability Reporting Directive

Beschreibung:

Es werden verhältnismäßige, klare und EU-einheitliche Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen gefordert.

Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/781 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - Eingangszeitraum: 13. Dezember 2021 bis 28. Januar 2022

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 548/21 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2013/34/EU, 2004/109/EG und 2006/43/EG und der Verordnung (EU) Nr. 537 /2014 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2408150001** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

2. **SG2409170019** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Versendet am 29.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2409170020** (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 30.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2409170021** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 30.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. EU Critical Raw Materials Act: Sicherung der Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen

Beschreibung:

Es wird eine Sicherung der Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen gefordert, ohne Unternehmen über das erforderliche Maß zusätzlich zu belasten.

Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168 /2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6624 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 27. März bis 6. April 2023)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 207/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

10. Durchführung der EU-Verordnung Euro 7 - Emissionsregulierung für Pkw, leichte u. schwere Nfz

Beschreibung:

Wir sprechen uns für eine Euro 7 Norm aus, die entscheidend zur Verbesserung der Luftqualität beiträgt, bei gleichzeitiger technologischer und wirtschaftlicher Machbarkeit.

Verordnung (EU) 2024/1257 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2024 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge hinsichtlich ihrer Emissionen und der Dauerhaltbarkeit von Batterien (Euro 7)

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Immissionsschutz [[alle RV hierzu](#)]; Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]

11. **Technologieoffene Durchführung der CO2-Verordnung (EU) für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge**

Beschreibung:

Wir sprechen uns für eine technologieoffene Ausgestaltung der Regulierung von CO2-Emissionen in Pkw und leichten Nutzfahrzeugen sowie für ein Monitoring und die Schaffung von notwendigen Rahmenbedingungen aus.

Verordnung (EU) 2023/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/631 im Hinblick auf eine Verschärfung der CO2-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Einklang mit den ehrgeizigeren Klimazielen der Union

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412110015](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

12. **Technologieoffene Durchführung der CO2-Verordnung (EU) für schwere Nutzfahrzeuge**

Beschreibung:

Wir sprechen uns für eine technologieoffene Ausgestaltung der Regulierung von CO2-Emissionen in schweren Nutzfahrzeugen sowie für ein Monitoring und die Schaffung von notwendigen Rahmenbedingungen aus.

Verordnung (EU) 2023/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1242 im Hinblick auf die Verschärfung der CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge und die Einbeziehung von Meldepflichten, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/956

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]

13. Angemessene Methodologie zur Erfassung der Treibhausgas-Emissionen von Verkehrsdiensten

Beschreibung:

Wir sprechen uns für eine angemessene Methodologie zur Erfassung der Treibhausgas-Emissionen von Verkehrsdiensten aus.

Vorschlag der EU-Kommission vom 11.7.2023 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erfassung der Treibhausgasemissionen von Verkehrsdiensten

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

14. Fokus auf Förderung relevanter Technologien in der EU durch Liste kritischer Technologien

Beschreibung:

Es wird ein Vorantreiben der wirtschaftlichen Sicherheit in Europa durch ein Fokus auf Förderung relevanter Technologien in der EU gefordert.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9261 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 2. bis 20. Oktober 2023)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]

15. Fokus auf Förderung ökonomisch relevante Technologien durch das EU Economic Security Package

Beschreibung:

Es wird ein Vorantreiben der wirtschaftlichen Sicherheit in Europa durch ein Fokus auf Förderung relevanter Technologien in der EU gefordert.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10481 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 13. Januar bis 2. Februar 2024)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]

16. Schaffung eines EU-Rechtsrahmens für Kreislaufwirtschaftsanforderungen von Fahrzeugen mit plan- und umsetzbaren sowie EU-weit harmonisierten Vorgaben

Beschreibung:

Es wird die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens für Kreislaufwirtschaftsanforderungen von Fahrzeugen mit plan- und umsetzbaren sowie EU-weit harmonisierten Vorgaben gefordert.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/858 und (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8303 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 19. Juni bis 18. August 2023)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 493/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/858 und (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinien 2000/53/EG und 2005/64/EG

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

17. Forderung zur Novellierung einer EU-Verordnung über Batterien und Altbatterien mit harmonisierten Vorgaben ("Batterie-Verordnung")

Beschreibung:

Es wird die Novellierung der EU-Batterie-Richtlinie und Ergänzung um kreislaufrelevante Aspekte sowie die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens mit klaren, harmonisierten Vorgaben für die Produktion von Batterien und Sammlung von Altbatterien gefordert.

BT-Drs 19/26316

BR-Drs 775/20

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Batterien und Altbatterien, zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408150002 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

18. Forderung einer EU-Richtlinie über ausdrückliche Umweltaussagen mit klaren harmonisierten Kriterien ("Green-Claims-Richtlinie")

Beschreibung:

Es wird die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens zur Substantiierung von Aussagen mit Umweltbezug mit klaren, harmonisierten und unbürokratisch zu implementierenden Kriterien gefordert.

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Begründung ausdrücklicher Umweltaussagen und die diesbezügliche Kommunikation (Richtlinie über Umweltaussagen)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6624 (Vorgang) [alle RV hierzu]
über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 27. März bis 6. April 2023)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 243/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Begründung ausdrücklicher Umweltaussagen und die diesbezügliche Kommunikation (Richtlinie über Umweltaussagen)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

19. EU-Taxonomie-Verordnung: Forderung zur Weiterentwicklung einer fairen und umsetzbaren Taxonomie

Beschreibung:

Es wird die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens zur Klassifizierung von Wirtschaftsaktivitäten hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit für den Finanzmarkt gefordert. Weiterentwicklung einer fairen und umsetzbaren Taxonomie, die nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten der Unternehmen möglichst bürokratiearm abbilden kann.

Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

20. EU-Ökodesign-Verordnung: Schaffung eines harmonisierten und umsetzbaren EU-Rechtsrahmens für Ökodesignanforderungen verschiedener Produktgruppen

Beschreibung:

Es wird die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens für Ökodesignanforderungen verschiedener Produktgruppen gefordert. Darüber hinaus werden planbare, EU-weit harmonisierte und technisch umsetzbare Vorgaben für die produktsspezifische Regulierung durch delegierte Rechtsakte der EU-Kommission in den kommenden Jahren gefordert.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/1831 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 11. bis 22.04.2022)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 182/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

21. Planbare, harmonisierte und technisch umsetzbare Vorgaben zur Regulierung von PFAS unter der EU-REACH-Verordnung

Beschreibung:

Es werden planbare, harmonisierte und technisch umsetzbare Vorgaben zur Regulierung von PFAS unter der EU-REACH-Verordnung / Regulierung chemischer Stoffe gefordert.

Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

22. Forderung einer vertrauensfördernden EU Regulierung von KI (AI-Act)

Beschreibung:

Es wird eine vertrauensfördernde Regulierung von KI gefordert. Die Anforderungen an die jeweiligen KI-Systeme sollten dabei dem spezifischen Risiko des Systems angepasst sein.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

23. Forderung zur Schaffung eines Regulierungsrahmens zum Austausch von IoT Daten in der EU Datenverordnung

Beschreibung:

Es wird die Schaffung eines Regulierungsrahmens zum Austausch von IoT Daten gefordert. Industriefreundliche Umsetzung in nationales Recht und Schaffung einer effektiven nationalen Aufsichtsstruktur.

Verordnung (EU) 2023/2854 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023

über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Datenverordnung)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

24. Pragmatische Regelung zur Energiebesteuerung von Wasserstoff im Verkehr

Beschreibung:

Unterschiedliche Besteuerung von Fahrzeugen mit H2-Motor und Fahrzeugen mit Brennstoffzelle führt aktuell aufgrund schwieriger Unterscheidung zwischen beiden Antrieben zum Ausschluss von H2-motorisierten Fahrzeugen an deutschen Tankstellen. Kurzfristig ist pragmatische Regelung erforderlich, die es ermöglicht, an der Tankstelle zwischen beiden Antrieben zu unterscheiden. Mittel- bis langfristig sollte H2 steuerlich unabhängig vom Einsatz behandelt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]; EnergieStV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

25. Klarer und wettbewerbsfreundlicher Zugang zu Fahrzeugdaten, -funktionen und -ressourcen

Beschreibung:

Klare und wettbewerbsfreundliche EU-Vorschriften für Dienstleistungen, die auf dem Zugang zu Fahrzeugdaten beruhen, z.B. in den Bereichen Reparatur und Wartung, Car-Sharing, Mobilität als Dienstleistung oder Versicherungen.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

26. Aufbau einer angemessenen Lade- und H2-Tankinfrastruktur

Beschreibung:

Einheitliche Mindestziele für den Aufbau einer EU-weiten Lade- und H2-Tank-Infrastruktur. Geeigneter regulatorischer und förderpolitischer Rahmen für ambitionierte nationale Umsetzung. Enges Monitoring der Zielerreichung und ggf. Erhöhung der Mindestziele in künftigem Review.

Alternative Fuels Infrastructure Regulation (EU) 2023/1804

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

27. Forderung nach verbesserter Fachkräftesicherung

Beschreibung:

Verbesserung der Fachkräftezuwanderung insbesondere durch Modernisierung, Digitalisierung bzw. Vereinfachung der dazugehörigen administrativen Prozesse. Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FachKrEG)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408150005 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

28. Erleichterung der Transformation Automotive Verbrenner-Geschäft bei KMU**Beschreibung:**

Herausforderungen bei KMU: Zugang zu Finanzmitteln für Automotive Verbrenner-Geschäft (Komponenten, die noch längerfristiger für den LKW- und off-road-Bereich benötigt werden) muss erleichtert werden.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408150003** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

29. Die Anpassung der Förderrichtlinie für eine zweite Gebotsrunde im Rahmen der Klimaschutzverträge ist erforderlich.**Beschreibung:**

Systemgrenzen des Anlagenverbundes sollten flexibler ausgestaltet werden. Emissionsfaktoren sollten realitätsnäher ausgestaltet werden.

Richtlinie zur Förderung von klimaneutralen Produktionsverfahren in der Industrie durch Klimaschutzverträge (Förderrichtlinie Klimaschutzverträge – FRL KSV)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

30. Förderrahmen für Aufstiegsfortbildungen im Kontext AFBG umsetzen**Beschreibung:**

Bericht aus der praktischen Perspektive der Beschäftigten im Betrieb als Betriebsratmitglied mit dem Schwerpunkt Qualifizierung. Unsere Forderungen: Ermöglichung einer Zweitförderung auf gleicher Fortbildungsstufe. Steigerung der finanziellen Attraktivität bei Arbeitszeit-Anpassung wegen der Qualifizierung/Fortbildung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12777 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes
Zuständiges Ministerium: **BMBF (20. WP)** [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AFBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

31. Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland sichern

Beschreibung:

Die Transformation der Automobilwirtschaft hin zu klimaneutralen Antrieben und digitalisierten Fahrzeugen bietet große Chancen für Innovationen und Nachhaltigkeit. Doch die aktuelle regulatorische Umsetzung und das verschärzte globale Wettbewerbsumfeld setzen Hersteller und Zulieferer erheblich unter Druck.

Betroffenes geltendes Recht:

KStG 1977 [alle RV hierzu]; SolZG [alle RV hierzu]; ArbZG [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]; BIImSchG [alle RV hierzu]; BIImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]; EnergieStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503190060 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (18):

- 1. BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 54.950.001 bis 54.960.000 Euro

Projektförderung IPCEI Wasserstoff

2. Bundesministerium für Digitales & Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 3.170.001 bis 3.180.000 Euro

Projektförderungen für F&E-Projekte

3. Europäische Kommission

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 7.650.001 bis 7.660.000 Euro

Projektförderung für F&E-Projekte Horizon 2020 + HEU

4. U.S. Department of Energy

Drittstaat

Vereinigte Staaten

Washington

Betrag: 640.001 bis 650.000 Euro

F&E Projektförderung

5. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

F&E Projektförderung

6. EFG - Europäisches Fördermanagement

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Förderung innovativer Gründungen

7. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 5.100.001 bis 5.110.000 Euro

Konjunkturmassnahmen Corona

8. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 530.001 bis 540.000 Euro

BAFA - Energieeffizienz in der Wirtschaft

9. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 12.170.001 bis 12.180.000 Euro

F&E-Projektförderungen

10. BMBF

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 11.430.001 bis 11.440.000 Euro

F&E-Projektförderungen

11. N-Bank

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Hannover

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Neustart Niedersachsen Innovation

12. Zentrum Familie und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München + Nürnberg

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Personalkostenzuschuss

13. Bundesagentur für Arbeit

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Nürnberg

Betrag: 1.420.001 bis 1.430.000 Euro

Qualifizierungchancengesetz

14. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 420.001 bis 430.000 Euro

Elektromobilität FEMS

15. Nationale Agentur für Bildung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

ERASMUS

16. Kommunalverband Jugend und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Stuttgart

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuschuss KVJS

17. Gemeinde Schwieberdingen

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Schwieberdingen

Betrag: 1.160.001 bis 1.170.000 Euro
Landeszuschuss KITA

18. **DRV Nordbayern**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bayreuth
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Zuschuss für Eingliederungsmaßnahmen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[bosch-geschaftsbericht-2023.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[bosch-code-of-business-conduct-1.pdf](#)